

# Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 152

April 1961

## Keine Erhöhung der Wiener Verkehrstarife!

Die SP, die sich immer rühmt, daß "sie hält, was sie verspricht", hat wieder einmal glatt ihr Wort gebrochen. Bei den Wiener Gemeindewahlen 1959 versprach sie, die Verkehrstarife nicht zu erhöhen. Jetzt, zwecks Sanierung des Defizits der Verkehrsbetriebe erhöht die Gemeinde Wien den Normaltarif der Straßenbahn von S 2.20 auf S 3 - um 36%! Dazu kommen saftige Erhöhungen des Großteils der übrigen Straßenbahnfahrpreise und der meisten Autobustarife.

Um diese Belastung der Massen möglichst ohne deren Widerstand durchzuführen zu können, sucht die Sozialbürokratie die Ausgebeuteten zu spalten, einen Teil gegen den andern auszuspielen. Dazu wird den Massen der Wiener Randgebiete eine gewisse Ermäßigung der Autobustarife zugestanden. Diese Erleichterung unterstützen wir. Doch im Gesamtergebnis läuft die Tarif"regulierung" (lies: Erhöhung!) auf eine schwere zusätzliche Belastung der Arbeiter, Angestellten, Kleinbürger hinaus! So schaut die Tarif"gerechtigkeit" der Sozialbürokratie, ihrer SP in der Praxis aus: heuchlerisch "helfen" sie einem Teil der ausgebeuteten Massen - auf Kosten des andern!

Auch wir sind für die Sanierung jenes Defizits, aber nicht auf Kosten der Massen, sondern auf Kosten der riesigen Profite der Ausbeuterklasse, vor allem der Überprofite der Kartellherren!

Die sozialbürokratischen Arbeiter-"vertreter" wollen davon nichts wis-

sen. Die Notlage der wirtschaftlich Schwachen ist der Sozialbürokratie wohl bekannt. Ihr Parteiprogramm ist die SP. Diese gibt sich als sozialistisch aus, wäre daher verpflichtet, die Arbeiter, Angestellten, Kleinbürger zu schonen und auf die Kapitalistenklasse zu greifen, deren Profitsäcke zum Bersten voll sind!

Das aber würde wirklichen Kampf gegen die Ausbeuterklasse bedeuten. Daran denkt die verräterische Sozialbürokratie nicht einmal im Traum. Sie klammert sich ja an das Bündnis mit der Bourgeoisie, sucht dieses Judasbündnis gegen die Arbeiterklasse möglichst zu verewigen! Denn nur die Koalition bringt den sozialbürokratischen Verrätern den Judaslohn (Amterln, Ehren, Vorteile aller Art) auf Kosten der von ihnen betrogenen Massen. Darum schonen die Sozialheuchler - "Sozialisten" in Worten, Heuchler in der Tat! - den Profit, belasten lieber die ausgebeuteten Massen! So helfen sie der Kapitalistenklasse die Lohnrauboffensive immer weiter vorzutreiben: Erhöhung der Steuern, Eisenbahn- und Posttarife, Zigarettenpreise, Sozialversicherungsbeiträge, Brot- und Mehlpreise, jetzt der Verkehrstarife... Weitere Lohnraubereien (Mieten!) sind schon vorbereitet.

Das Defizit aus Steuergeldern decken wie die "kommunistische" Partei vorschlägt würde nur die Form der Massenbelastung ändern. Letzten Endes werden ja alle Steuern von den ausgebeuteten Mas-

sen getragen: was die Bourgeoisie samt ihren staatskapitalistischen Betrieben an Steuern zahlt, das holt sie durch Steigerung der Ausbeutung, der Preise usw. immer wieder aus den Arbeitern, Angestellten, Kleinbürgern heraus.

Wer ernstlich die Interessen der Ausgebeuteten vertritt, der muß fordern, daß dieses Defizit auf Kosten der Kapitalistenklasse gedeckt wird:

Keine Erhöhung der Verkehrstarife der Gemeinde Wien!

Sanierung des Defizits durch eine Profitabgabe der Ausbeuterklasse!

Der von SP und VP im Wiener Gemeinderat beschlossene Lohnraub muß unterbleiben! Die Arbeiter, Angestellten, Kleinbürger, diese große Mehrheit der Bevölkerung Wiens muß erzwingen, daß die Erhöhung der Verkehrstarife widerrufen wird!

Die "radikalen" Worte, Phrasen der Partei der verräterischen Stalinbürokratie dürfen nicht täuschen. Ihr schwindelkommunistisches Maulen soll davon ablenken, daß sie ernstlich keinen Finger im Interesse der ausgebeuteten Massen rührt, diese nur zu Gunsten des revolutionismörderischen Kremls auszuschmarotzen sucht!

Die Erhöhung der Verkehrstarife zeigt deutlich, wie SP und Gewerkschaftsbükratie die Interessen der Arbeiterklasse den Interessen der Ausbeuterklasse unterordnen! Die SP stellt den Profit über den Lohn, Gehalt, beweist dadurch, daß sie kapitalistische Politik treibt! Sie ist keine sozialistische Partei, sondern eine schwindelsozialistische Partei, ihrer Politik nach eine bürgerliche Partei!

Bruch mit der sozialheuchlerischen Profithelfer-Partei, der schwindelsozialistischen SP! Bruch mit der schwindelkommunistischen Schmarotzpartei, der stalinbürokratischen KP!

Aufbau einer wahren Arbeiterpartei, die für die Tages- und Klasseninteressen der Arbeiter, Angestellten konsequent kämpft! Aufbau dieser proletarischdemokratischen Arbeiterpartei!

Stärkung ihrer Vorkämpferin, der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG  
ÖSTERREICHS!

13.3.1961

B.A.

Kämpfende Arbeiterschaft

Unermüdllich bemüht sich die Sozialbürokratie der SP und Gewerkschaften um die "Aufrechterhaltung des inneren (Ausbeuter!) Friedens". So sorgt sie nach Kräften für die "ruhige Aufwärtsentwicklung unserer (Profit!) Wirtschaft" - auf Kosten der ausgebeuteten Massen. Damit die Steigerung der Ausbeutung, des Profits möglichst "ungestört" durch den Widerstand der Arbeiter, Angestellten vor sich gehe, wobei ein immer ausgiebigerer Judaslohn für die sozialbürokratischen Profitlakaien gerausschauen soll: fette Posten, Auszeichnungen und Vorteile aller Art für die Sozialjudasse unter Führung der Schärf, Pittermann, Ollenhauer, Brandt, Gaitskell, Mollet, Saragat & Co.

Um den Widerstand der Arbeiter, Angestellten gegen die kapitalistische Offensive zu durchkreuzen, verhindern, dazu bedienen sich die Sozialverräter heute vor allem der List, Raffiniert spalten sie die Arbeiterklasse, spielen einen Teil gegen den andern aus. So suchen sie den Kampfwillen des Proletariats zu schwächen. Im Februar lieferte die "Sozialistische" AZ ein krasses Beispiel davon.

In Italien fanden mehrere große Streiks statt. Längst schon war die Arbeiterschaft Neapels tiefst unzufrieden mit ihren Lebensbedingungen, darunter auch den Verkehrsverhältnissen. Da streikten die Angestellten der städtischen Verkehrsbetriebe um höheren Lohn, den sie schon lange mit Recht gefordert. Eine große Anzahl der übrigen Arbeiter, Angestellten Neapels zog zur Direktion der Verkehrsbetriebe, um die bürgerliche Gemeindeverwaltung zum Nachgeben

zu zwingen. Diese rief die kapitalistische Polizei, die scharf gegen die Demonstranten vorging. Die Arbeiter, Angestellten setzten sich zur Wehr. Da setzte die Bourgeoisie auch das kapitalistische Heer mit Panzerwagen ein. Stundenlang schlugen sich die demonstrierenden Arbeiter mit Ausbeuterheer und -polizei, wobei sie - gleich den belgischen Arbeitern ohne wirkliche proletarische Führung - ihre berechnete Wut an bürgerlichem Eigentum ausließen: sie schlugen Fenster ein, demolierten Geschäfte usw.

Darüber berichtete nun die AZ (10. 2. 1961). Entscheidend war für sie das Wiederherstellen "der (kapitalistischen) Ordnung" gegen die demonstrierenden Arbeiter durch den Machtapparat der Bourgeoisie! Bewußt aber verschwieg die AZ wichtige Tatsachen, stellte die Vorgänge so dar, als hätten andere Ausgebeutete Neapels gegen die streikenden Verkehrsarbeiter demonstriert! Da haben wir die AZ, "die sich was traut" - nämlich im Täuschen, Beschwindeln der Arbeiter! Mit solchen listigen Lügen sucht die schwindelsozialistische Bürokratie die Arbeiter zu betrügen, gegeneinander zu hetzen.

Unter anderem kämpften auch die Hafentarbeiter Genuas und zehntausende Metallarbeiter Norditaliens um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Manche Streiks wurden von den schwindelsozialistischen und schwindelkommunistischen "Arbeiter"-parteien geführt, oft in holder "Aktionseinheit". Diese Judasparteien übernehmen die Führung, um die Ausgebeuteten hinter sich zu halten und ernstere Kämpfe der Arbeiter zu unterbinden. Die zwischen SP und KP pendelnde zentristische Nenni-Partei hilft bei dieser holden Judastätigkeit meistens mit.---

Gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie gab es eine Streikwelle in England. Deutlich war zu sehen, mit welchen Judasmitteln die gewerkschaftsbürokratischen Verräter diese Streiks im Interesse der Kapitalistenklasse abzuwürgen suchten: 3500 Gummiarbeiter des Dunlop-Trusts streikten spontan gegen die Steigerung der Ausbeutung, für eine Lohn-erhöhung. Durch keine Phrasen, Lügen,

Beschimpfungen seitens der Arbeiterbürokratie waren sie vom Kampf abzubringen. So griff die Bürokratie zu Drohungen. Sie drohte, den zehn Vertrauensmännern, die den "wildem" Streik führten, die Bestätigung ihrer Vertrauensfunktion zu entziehen. Der Streik wurde fortgesetzt. Die Gewerkschaftsbürokratie verwirklichte ihre Drohung. Trotz dieses Einschüchterungsversuches traten noch 1200 Gummiarbeiter jenes Trusts in den Streik, der weiter ging.

Zwei große "wilde" Streiks brachen in den verstaatlichten Bergwerksunternehmungen aus: 3000 Büroangestellte und 21.000 Grubenarbeiter kämpften gegen die kapitalistische Produktivitätssteigerung, die dem Vergrößern des Profits dient, und forderten höhere Löhne. Ein schlagender Beweis, daß diese wie alle verstaatlichten Betriebe kapitalistisch geführte staatskapitalistische Unternehmungen sind. Hat doch Übersozialverräter Pollak jüngst ausdrücklich zugegeben, "daß in der heutigen Wirtschaft alle Unternehmungen, verstaatlichte und private, nach den gleichen kommerziellen Richtlinien geführt werden müssen, nach den kapitalistischen Regeln von Rentabilität und Gewinn" (lies Profit!). Ja, so steht in vierten Absatz des Leitartikels der AZ vom 8.3.61!!!

3000 Arbeiter der englischen Fahrradindustrie streikten spontan gegen drohende Arbeitslosigkeit: die kapitalistischen Eigentümer, gedeckt durch die verräterische Gewerkschaftsbürokratie suchen mehrere hundert Arbeiter durch Rationalisieren und Konzentration zu "ersparen".--Gegen die Ausbeutungs--und Teuerungsoffensive streikten auch Bau-, Hafen- und Metallarbeiter.

In U S A hat der bisher größte Streik der Zivilluftfahrt stattgefunden: 3500 Bordmechaniker kämpften gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie um höheren Lohn und legten dadurch faktisch den gesamten Luftverkehr lahm.- Aus demselben Grund traten auch australische Hafentarbeiter, franzö-

sische Lehrer und 43.000 japanische Ärzte und Krankenschwestern in den Streik.

Schwerpunkt der Kämpfe der Ausgebeuteten Südamerikas war Bolivien: die linksbürgerliche Regierung verhängte den Belagerungszustand über das ganze Land, um die gärenden Massen, vor allem die vielen streikenden Arbeiter niederzuhalten. Ein klarer Beweis, wie sich die Linksbourgeoisie der zurückgebliebenen Länder angesichts der Kämpfe der Arbeiter und armen Bauern für ihre eigenen Interessen immer weiter nach rechts verschiebt. Darum dürfen die Linksbürgerlichen in ihrem Kampf gegen die Rechtsbourgeoisie und den Imperialisten nicht unterstützt sondern nur "unterstützt" werden. Das erfordert eine richtige Taktik seitens der ehrlichen proletarischen Klassenkämpfer, eben die differenzierte Taktik.

Um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung kämpften argentinische Textilarbeiter und Eisenbahner, in Chile die Hafendarbeiter Valparaisos und Tausende Bergarbeiter.

In der südafrikanischen Kolonialrevolution spielen die Kämpfe der Bergarbeiter eine wichtige Rolle. Diesmal waren es die Arbeiter der Kupferminen von U g a n d a: sie traten in den Streik, um höhere Löhne zu erringen und übten Druck auf Streikbrecher aus. Sofort setzten die Ausbeuter ihren Staatsapparat ein. Die Polizei wurde gegen die streikenden Bergarbeiter geschickt, um die Streikbrecher gegen Einschüchterung seitens der Streikenden zu schützen. -Wieder bewies der kapitalistische Staatsapparat, wie vor kurzem in Belgien, was seine eigentliche Hauptaufgabe ist: das Niederhalten der Arbeiterklasse, um die "Ruhe und Ordnung" (lies: Ausbeuterruhe und Profitordnung) aufrechtzuerhalten!---

Auch in jenen kapitalistischen Ländern, z.B. Österreich, England, in denen die Mehrzahl der Arbeiter, Angestellten noch der SP folgt, treibt diese Partei immer offener kapitalistische Politik. Sogar bei brennenden Tagesfragen wie Lohn, Preise, Sozialpolitik. Da es noch immer

an einer wirklichen Arbeiterpartei mangelt, vermag die schwindelkommunistische KP Illusionen zu erwecken in manchen Arbeitern, die von der SP immer ärger enttäuscht werden. Daß die KP - eben mangels einer proletarischen Klassenpartei - da einen gewissen Erfolg zu erzielen vermag, indem sie mit "radikalen" Phrasen und schwindelkommunistischem Maulen manche Arbeiter täuscht: daß sie so im Stande ist, deren Kampfkraft zu Gunsten der verräterischen Stalinbürokratie auszuschmarotzen - das haben die steirischen Landtagswahlen bewiesen.

Jedoch das Beispiel Italiens, Frankreichs, wo der Großteil der Arbeiterklasse noch der KP folgt, beweist, daß auch die stalinbürokratische Partei die Arbeiter immer wieder enttäuscht, enttäuschen muß. Denn gleich der sozialbürokratischen SP hat sie ja nicht die geringste Absicht, für die Ausgebeuteten auch nur einen Finger ernstlich zu rühren.

SP und KP, beide sind Parteiinstrumente der entarteten Arbeiterbürokratie, suchen deren selbstsüchtige Interessen auf Kosten der ausgebeuteten Massen zu befriedigen. Darum führen diese Parteien keinen konsequenten Kampf gegen die Bourgeoisie, nicht einmal für die einfachsten Interessen des Proletariats. Die tägliche Erfahrung der Arbeiter bezeugt das immer wieder.

Das müssen die ehrlichen proletarischen Klassenkämpfer den anderen Arbeitern beharrlich erläutern, immer klarer beweisen. Dadurch werden sich die Ausgebeuteten an Hand ihrer eigenen Erfahrungen immer mehr, immer gründlicher von dem Verratscharakter der schwindelsozialistischen und schwindelkommunistischen Parteien überzeugen können und daraus die unumgänglichen Konsequenzen ziehen:

1) Daß sie sich lösen müssen von SP und KP!

2) Daß sie mithelfen müssen am S c h a f f e n der dringend benötigten K l a s s e n partei des

Proletariats, als Partei der proletarischen Demokratie, als

PROLETARISCHDEMOKRATISCHE ARBEITSPARTEI !!

17.3.1961

V.P.

Schwindelsozialist Pollak

gesteht:

die verstaatlichten Betriebe sind kapitalistische Unternehmungen!

"Die verstaatlichten Betriebe gehören dem Volk, dienen uns allen" - "In den verstaatlichten Betrieben gibt es kein Profitstreben. Dort wird für die Allgemeinheit gearbeitet"... So lügen Sozialbürokratie, SP, AZ immer wieder.

Wir haben diese und ähnliche Lügen öfters entlarvt, die Wahrheit aufgezeigt: wir leben in einer Klassen gesellschaft, im Kapitalismus. "Unser" Staat ist kapitalistischer Staat, ist Staat der Ausbeuterklasse, schützt deren Eigentum gegen die ausgebeuteten Massen, in erster Linie gegen die Arbeiter. Hinter den Schwindelausdrücken "uns allen", "Volk", "Allgemeinheit" steckt die Kapitalistenklasse, die die entscheidenden Produktionsmittel eignet!

Die verstaatlichten Betriebe gehören daher der Ausbeuterklasse als Ganzes. Sie sind kapitalistisches Klassen eigentum, welches vom Ausbeuterstaat im Interesse der Ausbeuterklasse verwaltet wird. Diese Betriebe dienen also dem Profit, die darin tätigen Arbeiter, Angestellten arbeiten für die Kapitalistenklasse!

Und nun, ausnahmsweise, bestätigt Oberschwindelsozialist Pollak diese Tatsachen im Leitartikel der AZ vom 8.3.1961! Lesen wir auf S.1, im vierten Absatz: "so viel versteht schließlich jeder...daß in der heutigen Wirtschaftsform alle Unternehmungen, verstaatlichte und private, nach den gleichen kommerziellen Richtlinien geführt werden  müssen, das heißt nach den kapita-

listischen Regeln von Rentabilität und Gewinn".

Prüfen wir dieses einzigartige Geständnis: die "heutige" Wirtschaftsform ist die kapitalistische! Die "kommerziellen" Richtlinien sind die kapitalistischen Richtlinien für das größtmögliche Steigern der Ausbeutung, des Profits! Statt "Rentabilität und Gewinn" lesen wir Profit!

Für den schleimigen Biedermann Pollak, der von "Sozialismus", "Gerechtigkeit" und dergleichen heuchlerisch trieft, ist es selbstverständlich, daß in "unserm (kapitalistischen!) Österreich" alle Unternehmungen nach den kapitalistischen Profitregeln geführt werden! Also auch die verstaatlichten Betriebe (inklusive Eisenbahnen, Fluglinien etc.), auch die verstaatlichten Banken und die Gemeindeunternehmungen!

Die staatskapitalistischen Unternehmungen werden also nach den Profitregeln der Kapitalisten geführt. Das bedeutet:

1. Sie dienen der Ausbeutung, die von Kapitalistenklasse und Sozialbürokratie unaufhörlich gesteigert wird!

2. Zu diesem Zweck wird aus den darin tätigen Arbeitern, Angestellten immer mehr unbezahlte Arbeit herausgepumpt. Heute vor allem mittels des kapitalistischen Steigerns der Produktivität. Dieses verkleinert den Teil des Arbeitstages, der dem Wiedererzeugen des Lohnes dient. Daher schrumpft die unbezahlte Arbeit im Verhältnis zur unbezahlten Arbeit. Und eben die unbezahlte Arbeit erzeugt den Mehrwert, dessen Geldform der Profit ist.

Die kapitalistischen und schwindelsozialistischen "Sozialpartner" organisieren das Steigern der Ausbeutung paritätisch - vom Produktivitätszentrum aus. So beteiligen sich SP und Gewerkschaftsbürokratie aktiv am Ausbeuten in staats- und privatkapitalistischen Unternehmungen. Sie verschmieren die

immer riesiger anschwellenden Profite der verstaatlichten Betriebe mit verlogenen Ausdrücken wie "Erträge", "Gewinne", "Überschüsse".

Halten wir fest: Sozialheuchler Pollek, der Chefredakteur der schwindelsozialistischen AZ, erklärt kalt-schnäuzig, daß das alles so sein muß! Damit sucht er den Ausgebeuteten einzureden, dagegen sei nichts zu machen, sie mögen sich in die kapitalistische Ausbeutung fügen, sie nicht bekämpfen!

Warum will Soziallügen Pollak die Arbeiter einseifen, betrügen? Weil er, die Sozialbürokratie und ihre Sippschaft jeden ernsten Kampf gegen die Ausbeutung, jeden konsequenten Kampf für den wahren, proletarischen Sozialismus längst aufgegeben, sich mit dem Kapitalismus abgefunden haben! Die Sozialbürokratie verrät die Arbeiterklasse, die ausgebeuteten Massen, treibt kapitalistische Politik! Ihr "Sozialismus" ist bürgerlicher Sozialismus, verbrämt mit heuchlerischen Phrasen, ist Schwindelsozialismus! Sie sucht den Sozialismus zu "modernisieren", "verbessern", um ihn möglichst zu verewigen. So hofft die sozialverräterische Bürokratie zu sichern die Koalition, dieses Judasbündnis mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, und damit den Judaslohn den sie für ihre verräterischen Dienste von der Ausbeuterklasse bezieht.

Und die Stalinbürokratie samt KP? Diese stoßen in dasselbe Horn wie die schwindelsozialistische Bürokratie, deren SP, AZ. Immer wieder lobt die schwindelkommunistische "Volksstimme" die "Erfolge", die "Leistungen" der verstaatlichten Betriebe. Daß es sich um Erfolge im Ausbeuten, um Leistungen im Steigern der unbezahlten Arbeit der Ausgebeuteten handelt - darüber schweigen sich schwindelkommunistische Bürokratie und Presse gründlichst aus! Noch raffinierter als die sozialverräterische SP betrügt die revolutionsverräterische KP die Arbeiterklasse!

Um die Massen möglichst wirksam zu täuschen, bezeichnen SP, KP die staatskapitalistischen Unternehmungen

als "Gemeinwirtschaft". Leider gibt es ehrliche proletarische Kämpfer die das nachplappern! Dadurch - trotz bester Absichten - tragen sie bei zur Trübung des Bewußtseins der Arbeiter, erleichtern der Arbeiterbürokratie das verräterische Spiel.---

Das kapitalistische Staatseigentum dient der Ausbeutung, auch wenn ein Schwindelsozialist wie Pittermann an der Spitze steht. Wir lassen uns und alle andern Arbeiter, Angestellten nicht täuschen über den Ausbeutungscharakter der staatskapitalistischen Unternehmungen.

Das bedeutet keineswegs, daß wir das kapitalistische Staatseigentum überhaupt ablehnen. Es ist eine Form besonders hoher kapitalistischer Zentralisation, Konzentration entscheidender Produktionsmittel, zwecks besonders hohen Profits durch besonders gründliche Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten. So steht es heute.

Aber vom Standpunkt der Zukunftsinteressen des Proletariats erleichtert das staatskapitalistische Eigentum den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse:

Erstens erleichtert es der Arbeiterschaft das Erkennen der wichtigsten Aufgabe: daß sie den kapitalistischen Staat umwälzen müssen, um sich den Weg offen zu legen zum Sieg über die Ausbeuterklasse und ihre Gehilfen, zur Überwindung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung überhaupt.

Zweitens erleichtert es nach dem proletarischrevolutionären Sieg das Verwirklichen der proletarischdemokratischen Planwirtschaft, dann den Aufbau des wahren demokratischen Weltsozialismus.

Nicht die Zentralisation, Konzentration von entscheidenden Produktionsmitteln an sich lehnen wir ab, sondern daß deren Ergebnisse der Bourgeoisie zufließen, daß sie jene Produktionsmittel eignet, verwaltet über den kapitalistischen Staat! Gerade die proletarischdemokratische Planwirtschaft wird die

entscheidenden Produktionsmittel zusammenfassen - aber im Interesse der Massen, als gemeinsames Eigentum der Produzenten! Und dieses Eigentum muß auch den wirklichen Produzenten dienen! Das ist nur zu sichern, indem sie es selbst verwalten, wirksam kontrollieren im Wege der proletarischen Demokratie.

Es ist die Aufgabe der ehrlichen proletarischen Revolutionäre, der Arbeiterschaft die Erkenntnis des Ausbeutercharakters der verstaatlichten Betriebe zu erleichtern. Das hilft den Arbeitern, Angestellten sich von der Notwendigkeit der Umwälzung des Ausbeuterstaates immer klarer zu überzeugen. Diesen Klärungsprozeß fördern die klassenbewußten Arbeiter indem sie:

1. Die ungeschminkte W a h r h e i t über die kapitalistische Verstaatlichung beharrlich aufzeigen, beweisen.

2. Die Arbeiterschaft auffordern, anleiten zum konsequenten Kampf für die Produktionskontrolle in den staatskapitalistischen Betrieben, Banken, durch die darin tätigen Arbeiter, Angestellten.

Eben an Hand ihrer eigenen Erfahrungen im Kampf für d i e s e Kontrolle der Produktion werden die Arbeiter - mit Hilfe der ehrlichen proletarischen Revolutionäre - immer deutlicher erkennen, daß sie den kapitalistischen Staat u m w ä l z e n müssen; daß sie kämpfen müssen für die Errichtung der proletarischen Demokratie, in der die Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern, Kleinbürger, diese ungeheure Volksmehrheit, unter Führung der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft bestimmen und kontrollieren.

Davon wollen Sozialbürokratie und Stalinbürokratie, die von ihnen beherrschten Parteien und Gewerkschaften, so wenig wissen, wie von jedem ernstesten Kampf gegen die Ausbeutung, gegen die Kapitalistenklasse überhaupt. Sie suchen nur das Ausbeutersystem den Massen etwas erträglicher zu machen durch kapitalistische Sozialpolitik, deren Kosten die Ausbeuteten selbst zu tragen haben. Doch den konsequenten Kampf zur Überwindung

des kapitalistischen Systems, zwecks Aufbau des wahren demokratischen Weltsozialismus - diesen Kampf haben SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie längst verräterisch aufgegeben.

Aber für den siegreichen proletarischen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und alle ihre Helfer braucht die Arbeiterklasse Organisationen, die die proletarischen Interessen konsequent verfechten. Das können nur Parteien, Gewerkschaften sein, die n i c h t beherrscht werden von der Arbeiterbürokratie, ob schwindelsozialistischer oder schwindelkommunistischer Färbung! Es müssen sein Organisationen, in denen die Mitglieder mittels der proletarischen Demokratie bestimmen und kontrollieren, in denen die Angestellten der Arbeiterbewegung nur sachverständige B e r a t e r sind

Darum Kampf für die proletarisch-demokratische R e f o r m der Gewerkschaften!

Darum B r u c h mit den unheilbaren Verratsparteien der Arbeiterbürokratie! Weder die schwindelsozialistische SP noch die schwindelkommunistische KP sind irgendwie zu gesunden!

Darum A u f b a u der unumgänglich notwendigen w a h r e n Arbeiterpartei zur festen, klaren Führung des Arbeiterkampfes! Aufbau der

Proletarischdemokratischen Arbeiterpartei !

31.3.1961

B.L.

+++++